

Regierungsratsbeschluss

vom 24. Januar 2011

Nr. 2011/177

KR.Nr. K 187/2010 (STK)

Kleine Anfrage Barbara Wyss Flück (Grüne, Solothurn): Verhalten des Regierungsrats bei Abstimmungsvorlagen (07.12.2010);

Stellungnahme des Regierungsrates

1. Vorstosstext

Werbung und Abstimmungskomitees gehören zu Wahlen und Volksinitiativen, dagegen ist auch nichts einzuwenden. Mit Befremden wurde jedoch der sehr prominente Auftritt eines Regierungsrats zur Abstimmungsvorlage der Steuergerechtigkeitsinitiative vor kurzem zur Kenntnis genommen. Es stellen sich gewisse Fragen direkt an Regierungsrat Christian Wanner einerseits sowie den Gesamtregierungsrat andererseits.

1. Welche Verhaltensregeln bestehen betreffend Komitee-Mitgliedschaften und Inseratekampagnen?
2. Wie kommt ein Regierungsrat des Kantons Solothurn dazu, sich gegen eine Vorlage zu engagieren, die für den Kanton Solothurn kaum direkte Auswirkungen gehabt hätte?
3. Wer hat die Inserate von Christian Wanner bezahlt?
4. Inwiefern hat sich der Kanton Solothurn direkt oder indirekt (zum Beispiel via Finanzdirektorenkonferenz) an diesen Inseratekosten beteiligt?

2. Begründung (Vorstosstext)

3. Stellungnahme des Regierungsrates

- 3.1 Bezüglich Verhaltensregeln verweisen wir auf unsere Stellungnahme zur Kleinen Anfrage Evelyn Borer (SP, Dornach): Beteiligung von Regierungsräten und Regierungsrätinnen in Abstimmungskämpfen.
- 3.2 Entgegen der im Vorstoss geäußerten Meinung sind wir der Auffassung, dass die Annahme der Initiative sehr wohl auch Auswirkungen auf den Kanton Solothurn gehabt hätte. Diesbezüglich gilt es daran zu erinnern, dass in der politischen Auseinandersetzung nebst steuerpolitischen Überlegungen auch die Frage intensiv diskutiert wurde, inwieweit die Initiative auch die Grundprinzipien des Föderalismus tangiert. Von dieser Thematik ist der Kanton Solothurn wie jeder andere Kanton gleichermassen betroffen.
Zu erwähnen ist im Weiteren, dass Regierungsrat Christian Wanner als Präsident der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren im Abstimmungskampf besonders gefordert war und die Interessen aller Kantone zu vertreten hatte. Die Konferenz der

Kantonsregierungen (KdK) und die Finanzdirektorenkonferenz (FDK) haben bekanntlich im Einklang mit den eidgenössischen Räten und dem Bundesrat die SP-Steuerinitiative abgelehnt. Diese Haltung galt es denn auch zu vertreten.

3.3 Die Inserate von Regierungsrat Christian Wanner hat das Abstimmungskomitee finanziert.

3.4 Der Kanton Solothurn hat sich weder direkt noch indirekt (zum Beispiel durch die FDK) an den Inseratekosten beteiligt.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Staatskanzlei (3, Eng, Fue, Stu)
Finanzdepartement
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat